

Blick weiche zurück. Zweifellos ist das Zurückweichen unterschiedlich, aber offensichtlich ist, daß wir selber nicht völlig frei von diesem Fehler sind, den wir an einzelnen Parteiorganisationen kritisieren. Es wird kaum einen unter uns geben, der von sich sagen kann, daß er sich im Verkehr mit Vertretern bürgerlicher Parteien oder mit Sozialdemokraten bereits völlig frei gemacht hätte von der Politik des Augenzwinkerns, des Nicht-ernstnehmens, daß er ihnen gegenüber bereits zu einer aufgeschlossenen, prinzipiellen und dabei bescheidenen Haltung durchgestoßen wäre, die im Verkehr mit Bundesgenossen unabhängig notwendig ist. Wie sprechen unsere Genossen und häufig genug wir selber? Hierfür als Beispiel ein Ausspruch, den ich gestern aus einem Kreise bei uns hörte: „Mit dem CDU-Mann können wir alles machen, der spurt“, oder wie das kürzlich ein Genosse, Mitglied des Volksbefragungsausschusses, ausdrückte: „Die Frage ist nur, wie wir sie einspannen.“

Wie falsch eine solche Einstellung ist, erkennt man, wenn man sich einmal vorstellt, was wir sagen würden, wenn jemand von uns die werktätigen Bauern nicht ernst nehmen würde, über sie lächeln würde oder sie mit „stur“ oder sonstwie bezeichnen würde. Jeder würde das als Luxemburgismus oder halben Trotzkismus bezeichnen, weil uns in Fleisch und Blut übergegangen ist, daß das Proletariat nur im Bünd-

nis mit den werktätigen Bauern siegen kann, daß die werktätigen Bauern gesetzliche Bundesgenossen des Proletariats im Kampf um die Macht sind. Aber ebenso, wie die werktätigen Bauern gesetzliche Bundesgenossen des Proletariats im Kampf um die Macht sind, ist heute das patriotische Bürgertum unser gesetzmäßiger Bundesgenosse im Kampf um die Erhaltung des Friedens, ein Bundesgenosse, ohne den die Kriegspolitik der amerikanischen und deutschen Imperialisten nicht zurückgeschlagen werden kann.

Mit dem Verstand ist uns das klar. Wir reden und schreiben sehr oft darüber, aber offensichtlich ist es uns letzten Endes doch nicht völlig klar. Sonst wäre nicht denkbar, daß wir die volle Entfaltung der Arbeit progressiver Vertreter des Bürgertums durch unser Verhalten nicht nur nicht beachten, sondern umgekehrt, blockieren.

Wie kann man diese entscheidenden Schwächen überwinden und den Kontakt mit den breitesten Massen herstellen? Wir müßten erst in den nächsten Monaten, ausgehend von der neuen Aufgabenstellung der nationalen Frage, eine solche Argumentation in den entscheidenden Fragen erarbeiten — und die Zahl der entscheidenden Fragen ist auf zehn bis zwölf beschränkt —, die einfach, sinnfällig, offensiv und selbstkritisch genug sind, um jedem einzuleuchten, die außerdem handlich genug in ihrem Zuschnitt

sind, um von jedem Funktionär benutzt zu werden. Das ist sicher keine leichte Aufgabe, denn bekanntlich ist Einfachheit, wenn es sich nicht um Versimpelung, sondern um Vertiefung handelt, der Gipfel jeder geistigen Bemühung. Aber eben in dieser Einfachheit, in dem Abschieben des ganzen Ballastes von geschwollenen Worten besteht jetzt der große Schritt bei unserer Entwicklung zur Partei neuen Typus.

Zweitens müssen wir unsere Genossen in den Landes- und Kreisleitungen bitten, weiter und im verstärkten Maße der Unterschätzung ideologischer Fragen entgegenzuwirken. Wir haben gerade bei der Volksbefragung gesehen, daß eine Reihe Parteileitungen die Vorbereitung der Volksbefragung im Anfang nicht als eine politische, sondern als eine technisch - organisatorische Angelegenheit angesehen hat. Nur wenn der Vorrang der ideologischen vor den organisatorischen Fragen in den Landes- und Kreissekretariaten durchgesetzt wird, kann es zur Mitarbeit breiterer Parteilassen an der Argumentation kommen, und zwar im doppelten Sinne: im Sinne der Erarbeitung und im Sinne der Durchsetzung der Argumentation. Nur, wenn es bei dem überwiegenden Teile unserer Mitgliedschaft zu dieser Mitarbeit an der Argumentation kommt, ist der Weg zur Gewinnung breiterer Teile der Bevölkerung frei.

ischen Arbeiterkonferenz und das Abkommen zwischen CGT und FDGB stellen der Verständigung der Montanherrn untereinander die Notwendigkeit der Verständigung zwischen den deutschen und französischen Arbeitern, aber auch der Verständigung der europäischen Arbeiter überhaupt gegenüber.

Ich glaube, es ist sehr notwendig, daß wir diese beiden Ereignisse, das Abkommen zwischen CGT und FDGB und auch die Europäische Arbeiterkonferenz stärker als bisher im Kampf gegen den Schumanplan und gegen das Wieder-aufleben des deutschen Imperialismus in den Vordergrund rücken. Es ist allerdings klar, daß die Verständigung der europäischen Arbeiterklasse nur herbeigeführt werden kann im Kampf gegen die Führung der Londoner Gewerkschaftsinternationale und in Deutschland im Kampf gegen die Politik der Führung des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Walter Ulbricht sagte u. a., die vielleicht größte Gefahr für die Entwicklung in Westdeutschland und insbesondere für die Entwicklung in der Arbeiterklasse ist die Politik der DGB-Führung, die von

der amerikanischen Wirtschaftsideologie

beeinflusst wird, die aber die Arbeiterschaft zu leugnen versucht. Diese Tatsache fordert von uns eine ständige grundsätzliche Auseinandersetzung mit der Politik der DGB-Führung, eine Auseinandersetzung, die zweifellos bisher in ungenügendem Maße in Westdeutschland selbst und auch in ungenügendem Maße vom FDGB geführt wird.

Es ist dabei notwendig, sich in diesen Auseinandersetzungen auf die Hauptfragen zu konzentrieren, wobei besonders die Zusammenhänge zwischen den Kriegsvorbereitungen, d. h. der Remilitarisierung und dem Schumanplan und der Verschlechterung der Lebenslage der Arbeiterklasse sowie der Unterdrückung der demokratischen Rechte des Volkes und der Arbeiterschaft aufgedeckt werden müssen. Diese Zusammenhänge beginnen zu dämmern, aber man kann noch nicht sagen, daß sie schon überall in Westdeutschland in der Arbeiterklasse genügend klar sind. Es gilt also, das Verständnis zu wecken für die Notwendigkeit des Kampfes nicht nur gegen die Verschlechterung der Lebenslage, son-

dern vor allem gegen die Remilitarisierung und den Schumanplan selbst als die Hauptursache dieser Verschlechterung.

Ich glaube, wenn hier von der Unterstützung der Adenauer-Politik durch fast alle Parteien und Organisationen im Westen gesprochen wurde, dann muß man hinzufügen, daß die DGB-Führung mit am konsequentesten diese Unterstützung gibt, eine Feststellung, die wichtig ist für unsere Haltung zur DGB-Führung selbst. Es war der DGB-Führer vom Hoff, der auf die Argumente der Opposition, die für die Volksbefragung eintrat, in den Gewerkschaften erklärte, Verordnungen und Gesetzen einer demokratisch gewählten Regierung sei von den Gewerkschaften Folge zu leisten.

Das heißt, Adenauer und seine Regierung sind für ihn eine demokratisch gewählte Regierung, und die Bonner Republik mit ihrer Freilassung von Krupp, mit der Bekämpfung der Friedenskämpfer ist für ihn ein demokratischer Staat, dessen Gesetze und Verordnungen für ihn maßgebend sind.

Es ist hier das Wort von der neuen Burgfriedenspolitik des DGB gefallen.